

# Merseburger Correspondent.

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. auschl. Postgebühren; durch unsere Vertreter aus dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

— Geschäftsstelle: Ebene 9. —

— Fernsprecher Nr. 824. —

Anzeigenpreis: Für die einblättrige Beilage oder deren Raum 30 Pfg. im Restamtteil 75 Pfg. Offiziensieger und Nachweilungen 20 Pfg. mehr. Abdruck ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen — Annahme 9 Uhr vormittags

Nr. 25

Donnerstag den 30. Januar 1919

45. Jahre

## Deutschland, eine sozialistische Republik.

Von Dr. W. Mubon.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Rechtlichen Zeitung“ hat der Volksbeauftragte Ebert beauptet, daß das Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung nachdrücklich das Recht der Sozialdemokratie bestätigt habe, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Tatsächlich haben die Wahlen ergeben, daß 15 670 000 sozialdemokratische Wähler und Wählerinnen 18 482 000 Sozialdemokraten gegenüberstehen. Die gegenwärtige sozialdemokratische Reichsregierung kann also nicht als eine solche gelten, die das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes hat, besonders jetzt, wo ja nur die Mehrheitssozialisten hinter der Regierung stehen, die bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung nur 11 283 000 Stimmen aufgebracht haben.

Die Mehrheit des deutschen Volkes will ein demokratisches Deutschland, aber hat sich im Gegensatz zu den Ausführungen des Volksbeauftragten Ebert gegen ein sozialistisches Deutschland erklärt. Deshalb ist es auch unbillig, unerschwinglich, wenn der Volksbeauftragte Ebert weiter in der Unterredung gefordert hat, daß die Deutsche demokratische Partei nur dann an einer neu zu bildenden Reichsregierung teilnehmen könne, wenn sie mit der Sozialdemokratie auch in sozialistischer Sinne zusammenarbeiten wolle.

Über die Wahlen erweckt Herr Ebert bei den Massen wiederum die Hoffnung auf eine heilige Sozialisierung des Wirtschaftslebens, eine Hoffnung, die sicherlich in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden dürfte, und die wegen der Nichterfüllung entstehende Mißstimmung der sozialdemokratischen Wahlen ist ein lebendiges Hindernis für die Wahrung der inneren Ordnung und unseres Wohlstandes.

Der Wirtschaftsführer Deutschlands ist so froh, daß eine Heilung nur erfolgen kann, wenn überall über ihn völlige Klarheit geschaffen wird. Deutschlands Industrie ist in Gefahr, zu einem großen Teil stillgelegt zu werden; die Bedürfnisse, die fortwährenden Arbeitsverhältnisse und die verminderten Arbeitsleistungen nehmen sehr vielen Betrieben große Ertragsmängelmittel. Dazu kommen die hohen Lebensmittelpreise. Diese können auch bei einer Einsparung an dem Ausland bei dem geringen Werte unserer Währung nicht viel sinken. Deshalb ist die nächste Forderung, wenn Deutschland nicht rettungslos verloren sein soll, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und eine verstärkte Kohlenförderung. Wir haben dagegen jetzt fortwährend Streiks der Bergarbeiter, eine gegen frühere Jahre um mehr als die Hälfte herabgesetzte Kohlenförderung, und wir haben zurzeit einen so großen Mangel an Lohnarbeitern, daß die notwendigsten landwirtschaftlichen Arbeiten an vielen Orten nicht erfüllt werden können. Jede Anwendung einer allgemeinen Sozialisierung wird den Bauern zweifellos verfallen, seine Produktion nicht zu steigern, und das Vertrauen einer Sozialisierung der Bergwerke, das man jetzt anwendet, um Streiks der Bergarbeiter zu verhindern, wird nicht durchgeführt werden. Wenn würde es erfüllt, dann würden die gegenwärtigen, im Besitz Privater befindlichen Bergwerke als Reichseigentum zur Verfügung unserer Feinde stehen; und daß dabei Reich und Bevölkerung Deutschlands keinen Vorteil haben würden, ist sicher.

Wenn Herr Ebert und seine Mitarbeiter nicht die höhere Schule auf sich haben wollen, durch Nachlässigkeit auch Schwäche Deutschlands ruinieren zu haben, dann müssen sie auch ihren Anhängern ungeschminkt die Wahrheit sagen, daß in Deutschland in absehbarer Zeit von einer Sozialisierung nicht die Rede sein kann, daß das was jedes Deutsche, auch das Arbeiter, für die nächsten Jahre harter Arbeit sein wird, daß die Löhne schon sehr bald sinken werden, und daß es wahrscheinlich notwendig sein wird, arbeitslos gewordene Industriearbeiter, auch gegen ihren Willen, zur Übernahme landwirtschaftlicher Arbeit anzuhelfen.

Deutschland ist zwar kein sozialistischer Staat geworden und wird es auch nicht werden, aber es muß nach dem Willen der bürgerlichen Demokratie ein Staat sein, in dem die Erfüllung sozialer Aufgaben an erster Stelle

## Neueste Nachrichten.

### Die allgemeine Friedenskonferenz am 10. Mai.

Amsterdam, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Aus Paris wird gemeldet: Wilson teile Lyoner Mätern zufolge im Kammerauschuss mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

### Die Finanzminister-Konferenz in Weimar.

Weimar, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Heute hat hier die Konferenz der Finanzminister sämtlicher deutscher Staaten begonnen. Sie wird sich in der Hauptsache mit der Beratung der Einkommensteuerfrage beschäftigen. Wie die „Weimarer Landeszeitung“ erzählt, wird ein überdeutscher und hauptsächlich auch ein lässlicher Antrag vorgelegt werden, die Einkommensteuer den Einzelstaaten zu überlassen. Der Antrag wird damit begründet, daß die Einzelstaaten die hohen Kulturaufgaben, die die Zukunft bräuhet, nicht erfüllen können, wenn die Einkommensteuer für sie fortfällt. Dafür will man die Vermögenssteuer dem Reich überlassen, behält sich jedoch einen Rückschlag für die Einzelstaaten vor.

### Das Ergebnis

#### der Altensburger Landtagswahlen.

Leipzig, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse für Altensburgischen Landtagsversammlung lauten folgendermaßen: Mehrheitssozialisten 41 263, Deutsche Demokraten 19 487, Sozialdemokraten 8998. Gewählt sind aller Voraussicht nach 23 oder 24 Sozialdemokraten, 11 oder 12 Deutsche Demokraten, 5 Sozialdemokraten, während die Unabhängigen keinen Sitz erhalten.

### Das vorläufige Wahlergebnis in Preußen.

Berlin, 29. Jan. Die bis Mitternacht vorliegenden Wahlergebnisse aus 19 Wahlkreisen (von 23) ergeben folgende Verteilung der Sitze an die Parteien: Deutsche Demokratische Volkspartei 37, Deutsche Volkspartei 10, Christliche Volkspartei 65 (darunter 4 Weisen in Hannover), Deutsche demokratische Partei 56, Sozialdemokratische Partei 129, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 21, Deutsch-Hannoversche Partei 2, Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1.

### Die Bagdad-Bahn in englischer Besitz.

Paris, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Die britischen Behörden haben die Bagdad-Bahn übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, Inguenon, ein Schweizer, wird entlassen. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

### Die Stärke des Ententeheeres.

Washington, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Der amerikanische Generallstab veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Alliierten hatten im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandes 6 427 000 Mann an der Westfront. Davon entfielen auf Frankreich 2 650 000 Mann, auf England und Portugal zusammen 1 818 000, auf Amerika auf 1 950 000 und auf Belgien und Italien 200 000 Mann.

### Hindenburg Ehrenbürger von Kassel.

Kassel, 29. Jan. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschließen, Generalleutnant a. D. Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er seit zwei Monate lang in treuer und beispielloser Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat.

steht, ein Staat, dessen Gesetzgebung und Verwaltung auch die Verhältnisse der Arbeiter die größte Berücksichtigung nimmt, ein Staat, in dem alles für das Volk und durch das Volk geschaffen wird.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

### Eine deutsche Antwort auf die französischen Übergriffe im Elsaß.

Bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages hatte sich Deutschland im Abkommen vom 13. Dezember verpflichtet, in genaue Erörterung darüber einzutreten, auf welche Weise die Güter von den Angehörigen der Alliierten zurückgegeben werden könnten. Die Alliierten in Elsaß-Lothringen sind aufgefordert, Delegierte dorthin zu senden, um in Beratungen über die Frage einzutreten. Das Auswärtige Amt hat aber abgelehnt, dies zu tun, solange die Franzosen in Elsaß-Lothringen die deutschen Privatrechtungen zur Seite zu stellen bereit sind. Weil dieses Vorhaben einen Bruch bedeutete, daß dem das Privateigentum in Elsaß-Lothringen unerschüttert ist.

Das deutsche Volk wird dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes dank wissen, daß er es wagt, auf Übergriffe der Entente mit Protesten zu antworten.

### Wilson gegen den Erfolg der Kriegslöser.

Die „N. Y.“ meldet aus Genf: Bei den Erörterungen über die Frage der Kriegsentlassung blieb Wilson, einem Spaner Funkbruch zufolge, seit auf seinem Standpunkt stehen, daß man auf keinen Fall den Erfolg der gesamten Kriegslöser von Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Teil. Die Alliierten sollten in der Lage sein, auf die meisten Teile der Welt ihren Blick zu richten, und die für Munition und ähnliches

### Die Frage der deutschen Südbesitzungen.

Genf meldet am 28. Jan.: Präsident Wilson, die Amerikaner und die Alliierten waren mit dem Vertreter Spanas Montag morgen von 10 Uhr bis Mittag und nachmittags von 3 bis 5 Uhr versammelt. Sie prüften das Vorhaben und das Ententeprogramm der neuen Kommissionen für die ökonomischen, finanziellen, maritimen und privatrechtlichen Fragen.

Am Nachmittage verhe sich der Meinungsstand über die Frage der früheren deutschen Kolonien in Elsaß-Lothringen und im fernem Osten fort. Die Vertreter der Dominions und der chinesische Minister wurden gehört. Der Rat versammelte sich Dienstag morgen wiederum 450 000 Tonnen deutscher Handelschiffraum für die Entente.

Auf das Telegramm der Düsseldorf-Vertragsversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller antwortete Staatssekretär Erzberger: „Wir sind dem Lebensmittelmangel, jedoch nicht der Frage Handelschiffraum einlenken. 450 000 Tonnen deutscher Handelschiffraum sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt worden. Wir mit Ihnen einig, daß es nicht möglich Verhandlungen mit der deutschen Industrie geführt werden, um mehr Lebensmittel zu erhalten. Dazu ist aber Arbeit nötig, da man sonst Deutschland seinen Kredit genehmt. Die deutschen Guthaben im Ausland sind erschöpft. Bitte den Arbeitern zu sagen, daß Arbeit und Zeit in reichlicher Menge vorhanden sind und daß sie zur Verfügung stehen, sobald sie bei der Arbeit.“

Es werden also 450 000 Tonnen deutschen Schiffraumes unter Begünstigung zur Verfügung gestellt, nicht etwa um unter deutscher Flagge und mit ihrer bisherigen deutschen Besatzung die von Amerika im Austausch gestellten Lebensmittel — 70 000 Tonnen Speisefett, 50 000 Tonnen Weizen, landwirtschaftliche Milch, Getreide und Fleischpräparate — nach Deutschland zu schaffen, sondern um die feindliche Besatzung und unter feindlicher Flagge — noch ist ja Krieg, wie uns Nordsee noch es eben erst wieder im Gedächtnis gerufen hat — zu helfen. Daß das eine Schwach und eine Schwäche für die gesamte deutsche Handelschiffahrt ist, und daß dadurch Lehrende von deutschen Seeleuten, die schließlich auf den Augenblick warten, wieder an Bord gehen zu können, aber trotz allem auch auf die Straße gestellt werden, hat eben erst kein Geringerer als der Generaldirektor Seines hochwichtigen Flottenamt und vor aller Welt erklärt. Er hat auch auf eine etwas unvorsichtige Versicherung italienischen Ministers aufmerksam gemacht, der ganz naiv davon geblieben hat, daß die deutsche Handelschiffahrt nach einem gewissen Verhältnis unter die Verbündeten verteilt werden müsse. Jedenfalls werden wir, wenn überhaupt, diese 450 000 Tonnen deutschen Schiffraumes erst nach langer Zeit wiedersehen, und die auf ihnen beschlagnahmten Seemannschaften mögen so lange bleiben, wenn die Norddeutsche Lloyd doch dieser Lage schon einen großen Teil seiner Angestellten entlassen haben.



**Kaufhaus**

Zurückgekehrt vom Grabe  
unseres lieben Entschlafenen,  
des Invaliden  
**Richard Böhm**  
lagen wir hiermit für die  
reichen Krankependen, sowie  
allen denen, die ihn zur  
letzten Ruhe geleitet, unsern  
berühmten Dank.

Merseburg, 27. Jan. 1919

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die Krankependen beim  
Begräbnis unserer Mutter  
lagen wir allen herzlichsten  
Dank.

Merseburg, 29. Januar 1919.

Familie E. u. H. Feisel.

**Die Beerdigung**

unserer Tochter Martha  
findet am Sonntag nachm.  
3 Uhr vom städt. Friedhof  
aus statt.

Merseburg, 29. Jan. 1919.

Familie Bude.

**Ausgabe der Lebensmittel**

für Februar 1919.

Es werden für Monat Februar  
1919 ausgeteilt:  
auf jede Petroleumkarte 1 Liter  
Petroleum zum Preise von  
45 Pf. für das Liter,  
auf jede Carbofarte 5 Pfund  
Geld zu dem Preise von 0,75 Pf.  
für das Pfund,  
auf Abchnitt 3 der Rententarte  
3 Steren zu n. Preise von zu  
63 Pf.

Der Verkauf erfolgt nur in den  
bekannt gegebenen, zugelassenen  
Verkaufsstellen in denen die  
Empfangsberechtigten zur Kunden-  
liste eingetragen sind.

Die Verkaufsstellen haben den  
zum Verkauf freigegebenen Ab-  
schnitt eigenhändig von der Kunden-  
mittelfarte abzurufen und dem  
Wasserkraft mit dem vorgeschriebenen  
Verkaufsbericht einzuwenden.  
Merseburg, den 28. Januar 1919.  
M. 76 19. Der Wasserkraft.

**Wohlfühl- u. Fleischwarenverkauf**

findet am 30. Januar 1919  
bei Hoffmann, Weißl Str. 6.  
vorm. 9-10 Uhr Nr. 2501-2504  
10-11 2501-2764  
nachm. v. 2-3 Uhr Nr. 2701-2703  
3-4 2801-2901  
4-5 2901-3001

**bei Naundorf, Oberbreitestr. 4.**

vorm. v. 1-2 3001-3100  
2-3 3101-3200  
3-4 3201-3300  
4-5 3301-3400  
5-6 3401-3501

nach. Ein Vorverkauf auf eine be-  
stimmte Art von Fleisch oder Fleisch-  
waren besteht nicht. L. A. I 109/19

Merseburg, den 29. Januar 1919.

Das städtische Lebensmittelamt.

**Fleischverkauf auf der Weißbühl**

findet am 30. Januar 1919,  
vorm. 8-9 Uhr für Nr. 2451-2550  
9-10 Uhr f. d. Nr. 2551-2650  
10-11 Uhr f. d. Nr. 2651-2750  
nach. L. A. I 110/19

Merseburg, den 29. Januar 1919

Das städtische Lebensmittelamt.

**Die Jagdordnung**

der Gemeinde Kriegsborn  
vom Sonnabend den 1. Februar,  
nachmittags 3 Uhr im Goldhaus  
baldmöglichst auf weitere 6 Jahre ver-  
pachtet werden. Bedingungen im  
Termin. Der Gemeindevorsteher.

**Briefmarken-**

**Sammlungs-**

auch einzeln Briefmarken, die  
Sommer zu Kauf, gefordert. Komme  
sch. Offerten an Bülowe, Galle  
a. E., Geißstraße 31.

Nach kurzem, schwerem Leiden wurde unser lieber  
Vater, Großvater und Urgroßvater

**Bernhard Kraulheim**

in die Ewigkeit abgerufen.

Merseburg, den 29. Januar 1919.

In tiefstem Schmerz

**Familien Hohmann, Schädlisch  
und Böge.**

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr  
von Bismarckstraße 2 aus statt.

Gestern abend 10 Uhr entschlief sanft und unerwartet  
unser lieber Vater, Gross- und Schwiegervater,

der Landwirt

**Ferdinand Drese**

im 69. Lebensjahre.

Um stillen Beileid bitten

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Körbisdorf, den 28. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Freitag den 31. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr statt.

**Freiwillige vor!**

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während  
wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheit arbeiten, ist die Frei-  
heit unserer Landesleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Dis-  
senz an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne  
energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete  
im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der  
unter Verhugung von Geld und Landesfriede die schwerste Stunde  
der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk  
protestieren gegen diese Verhugung, vor Friedenssüchtigen die Welt vor-  
fertige Leinwand zu stellen. Wir haben die Wilson-Bankette als  
Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie  
gemessenhaft halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ergeben die  
Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen  
nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zur Ruine gehen muß, sie  
bringen uns das Unrecht nicht zurück, das uns verloren geht. Sie  
halten den Kameraden in den Mittelschichten zu keinem unange-  
hörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Nebst euch freiwillig  
zum Grenzdienst, bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen  
entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt,  
unter denen die Anwerbung der Freiwilligen erfolgt. Wir wollen  
auch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von  
Landesfriedenssüchtigen anhalten. Ihr sollt das Überwachen behör-  
licher Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich  
machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus  
eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehr-  
männer die Erzeugnisse der Revolution sicherstellen und die im  
Inneren gespaltenen Kleinrenten verteidigen. Nach jeder Revo-  
lution, die französische wie die russische, hat unter der Sonne ihrer  
neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt  
dem Ruf der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre  
Ziele nicht erreichen. Reigt, daß die Revolution den Militarismus  
zerstört hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer frei-  
willigen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie  
braucht euch auch. Freiwillige vor!

Die Reichsregierung.

Eberl. Scheibemann. Landsberg. Noße. Wiffel.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.  
Generalkommando IV. Armeekorps.  
Abt. Ia Nr. 300.

**Ausführungsbestimmungen:**

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Ostost —  
anhand der Reichsgrenzen — und Grenzdienst Ost — innerhalb  
der Reichsgrenzen — können sich bei  
jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando  
melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim  
Kriegsministerium, Ostost, Generalkommando oder einer anderen  
Dienststelle sind wertlos und werden nicht berücksichtigt.

II. Jeder Freiwillige hat seinen Einlaufungsantrag mitzu-  
bringen. Soweit er noch selbstverständlich, kann er vom Staat gegen  
den Abschlagswert abgekauft werden. Ein entsprechender Ver-  
merk in den Militärpass ist aufzunehmen.

III. Bedingungen:  
1. In Betracht kommen nur selbstständige, moralisch einwandfreie  
Personlichkeiten die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen  
mindestens 3 Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu  
verstehen:

- a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder  
Batterieregiment;
- b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schützenregiment oder als  
Div.-Kav.;
- c) Kavallerie: Verwendung in Kompanie-Verbande;
- d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Mittertruppen und Kraftfahrer: Ver-  
wendung bei Feldformationen im Operations- oder Stappen-  
gebiet;
- e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Stappen-  
formationen.

Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den  
Bedingungen entsprechen, können angeworben werden.

2. Verhugung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim  
Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsrufe am 1. und  
15. d. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Zeit von einer der

beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um 1 Monat  
verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem  
Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.

3. Unterordnung unter die einseitigen Verfügungen, denen Soldaten-  
(Vertrags-) Mäde zur Seite stehen. Anerkennung der bisher  
gültigen Kriegsgehalte. (Sicherung derselben ist einseitig.)

4. Anerkennung nachstehender Gehühnrisse für Ostost und Grenzdienst  
Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:

- A. Offiziere und Beamte:
  - a) mobile Gebühnrisse:
  - b) inwiefern sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als  
Beamte nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, auf Wohnungs-  
gehaltszuschuß Tariffklasse 3-6 anzuwenden wären, eine Zulage  
von 5 M. täglich, zahlbar am Monatsbrittel nachträglich.
- B. Unteroffiziere und Mannschaften:
  - a) mobile Wohnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 M.  
monatlich;
  - b) Zulagen: Im Grenzdienst Ost 5 M. täglich. Im Gebiet  
des Ostost außerhalb des Reiches 5 M. täglich und eine  
monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese be-  
trägt für den ersten Monat 30 M., für jeden weiteren  
Monat steigend um 5 M. bis zu 50 M.

5. Verpflegung:  
a) Im Gebiet des Ostost: Mobile Verpflegung;  
b) Im Grenzdienst Ost: Güte und Truppen erhalten Feldpor-  
tionen aus den Truppenküchen. Selbstbefriedigung ist unzulässig.  
Köst sie sich in Einzelfällen nicht umgeben, so ist eine Entschädigung  
von 5 M. für den Tag zufällig. In jedem Falle ist  
jedoch die Entschädigung des Generalkommandos einzuholen.

6. Unterkunft:  
Sowohl im Gebiet des Ostost als auch im Grenzdienst Ost ist die  
Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.

7. Verpflegung:  
a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst  
herangezogen im Sinne der Militärverpflegungs-Gesetze;  
b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und  
werden neu begründet;

c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Alters-  
versicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von Seiten des Generalkommandos. Der Ersatzdienstschuß  
des Oberstleutnants  
d. d. M. G. a. n. e.  
Oberstleutnant.

**Achtung!**  
**Kaufe jederzeit Schlachte-Pferde**  
und zahle, wie bekannt, die höchsten Preise.  
Bei Hochschlagen Tag und Nacht zur Stelle bei korrekter  
Bedienung.  
Wilhelm Naundorf, Merseburg, Obere Breite Straße 4.  
Telephon 496.  
Rohschlachterei mit elektrischem Betrieb.

**Gutsverkauf.**

Ich will mein Gut mit 27 Morg  
Land und Wiese, 1 Stunde von  
Merseburg, sofort verkaufen.  
Besucher wollen sich mit mir  
in Verbindung setzen.  
Zu erst in der Exped. d. Bl.  
Kantinen-Kammler  
sind zu verkaufen  
Neumarkt 76.

**1 Zuhre Zünger**  
hat noch abzugeben Neumarkt 76.

**2 Erntehähne**  
sind zu verkaufen Köhlingen 66.

**3 Paar Eilefen,  
3 Paar Schnürschuhe,  
2 Winterüberzieher**  
verkauft  
Fritz Engel, Weissenfellerstraße 7, pt.  
Dalehst sind auch veräußert  
**2 elegante neue Heideeden,**  
verwendbar zu Gardinen.

**Kleines, flottes Pferd**  
preiswert zu verkaufen. Wo? laßt  
die Exped. d. Bl.  
Ein fast neuer

**Fahrrad**  
ist preiswert zu verkaufen. Zu  
erfragen in der Exped. d. Bl.

**Ein Wohnhaus**  
mit Zubehör zu verkaufen oder zu  
verpachten. Offerten unter G. G. X  
an die Exped. d. Bl.

**Weißer  
Schneer- und Streusand**  
zu verkaufen  
Mischerstraße 1.

**Eine Bank m. einem Becken**  
zu verkaufen  
Reinhold, Amtshäuser Nr. 12. II

**Ein Paar Langstiefeln (Nr. 28)**  
zu verkaufen  
Friedrichstraße 18, III.

**Bl. Schlitten zu verkaufen**  
Steinstraße 13, I. Et.

**Gate Leerdhyn**  
Winkel 4.

**Eine Schneider Nähmaschine**  
zu verkaufen.  
Zu erst in der Exped. d. Bl.

**Tragende Ziege**  
zu verkaufen Sand 18, I. Et.

**1 Damenmantel und  
1 Jagdpojaune**  
zu verkaufen. Offerten u. R. R. 25  
an die Exped. d. Bl.

**1 guterhalt. Wagenverdeck**  
aus Leder ist zu verkaufen  
Wundorf Nr. 26.

**1 guterhalt. Einbl-Schlitten**  
verkauft  
Gloßhauerstr. 15.

**Gastwirtschaft**  
zu pachten oder kaufen gesucht. Off.  
unter B 20 an die Exped. d. Bl.

Suche zu kaufen: Schreib-  
maschine, Nähmaschine, Wand-  
uhr, Schreibtisch, Fahrrad, Kesse-  
toffer, Musikapp. Off mit Preis  
unter „Kaugeluch“ an die Exp. d. Bl.

Junger Mann, 1,76 m groß,  
schlanke Figur,  
sucht Gesellschaftsranzung zu kaufen.  
Off. u. G. A. 5 an die Exp. d. Bl.

**Gut verjüngtes Haus**  
Nähe Merseburgs zu kaufen gesucht.  
Offerten unter „Haus“ an die  
Exped. d. Bl.

**Suche zu kaufen**  
ein Paar braune Schnürsch  
mit Lederansätzen und ein  
Paar schwarze Reitstiefel.  
Wer? zu erst in der Exp. d. Bl.

**1 Kleiderstrunt u. 1 Sofa**  
zu kaufen gesucht.  
Frau Bittel, An der Geisel 6.

Einhandiger solider Herr sucht  
**freundliche Schlafstelle**  
zu mieten. Zu erfragen bei Frau  
Schöber, Johannstraße 7, I. Et.

# Kammer-Lichtspiele!

Ab Freitag bis Montag ein Kulturfilm großen Stils:

## „Tausend und eine Frau“

I. Teil.

Das ganze Tagebuch eines Junggesellen in 2 Teilen.  
I. Der elegante Lebemann. II. Der sparsame kleine Beamte. III. Der leichtsinnige Künstler. IV. Der auf den Erlös der Frauen lauernde Händler. V. Das verlassene Mädchen. VI. Die gleißende Dirne. VII. Hausmütter und spielende Kinder.

Nur für Erwachsene.

# Deutsche Volkspartei!

Alle Anhänger, Mitglieder und Parteifreunde werden hiermit für **Donnerstag** den 30. Januar, abends 7, 8 Uhr im Restaurant „Schultheiß“, 1 Treppe, zu einer

## Versammlung

eingeladen.

Der Landes-Verband der Deutschen Volkspartei  
für den Wahlbezirk Halle-Merseburg.

**Flotte  
Rutsch- und Schlitten-  
Fahnen**  
werden übernommen.  
**Weber, Clobikauerstr. 1.**  
Tel. 436.

Zur  
**modernen Frisur  
Zöpfe**  
in allen Farben vorrätig.  
**Otto Stiebritz,**  
Damenfriseur-Salon,  
Gottthardstrasse 32, Tel. 411.



**Rückgrat-  
Verkrümmung**  
und  
ihre Behandlung  
nach  
**„System Haas“**  
Hochinteressante  
Brochüre mit zirka 50  
Abbildungen zu be-  
ziehen gegen Einsen-  
dung von Mark 1,- von  
**Franz Menzel**  
Dresden-  
Elasewitz C.Nr 183



Verein für Feuerbestattung, E.V., Merseburg u. Umg.

## Haupt-Versammlung

am **Sonnabend** den 1. Februar,  
abends 7 Uhr im „Alten Dessauer“.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder um recht zahl-  
reiches und pünktliches Erscheinen.

Der Vorstand. I. A.: Dr. H. Löhr.

## Achtung!

Empfehle meine selbstgearbeiteten Waren:

- |                   |                  |
|-------------------|------------------|
| Auftragbüchsen    | Riederbüchsen    |
| Glasbüchsen       | Vaterbüchsen     |
| Schneerbüchsen    | Ramenstreifen    |
| verschiedener Art | Holzhaarbüchsen  |
| Schrobber         | Holzhaarbüchsen  |
| Gläserbüchsen     | Reisstrohbüchsen |
| Kardisbüchsen     | Reisstrohbüchsen |

Sämtliche Waren sind gut und dauerhaft gearbeitet.  
Für Wiederverkäufer größerer Posten Rabatt.

## Wilhelm Göze, Bürstenmacher,

Neumarkt 78. Neumarkt 78.

1 Paar schwarze Schnürstiefeln Einpaarner Eichen-Geschnitz,  
(Nr. 39) sind gegen ein Paar halbbüchsen austauschen. Off. u. zu kaufen gelücht.  
W in der Exped. d. Bl. abzugeben. Steinbof, Kloster 2. Tel. 403.

# Deutscher Bürger-

# und Bauernbund

(Deutsche Volkspartei).

Im heutigen Correspondenten ladet der Landesverband der Deutschen Volkspartei zu einer Versammlung im hiesigen Restaurant „Schultheiß“ ein.

Ich bitte unsere Mitglieder und Freunde, sich durch diese Einladung nicht irre führen zu lassen.

Im Beisein von 2 Vertretern der Zentralleitung in Berlin wurde am 3. d. M. der Deutsche Bürger- und Bauernbund (Deutsche Volkspartei) für den Wahlkreis Merseburg als diejenige Organisation gegründet, die die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Merseburg allein vertreten soll. Nur für die Vorbereitung zu den Wahlen am 19. und 26. Januar wurde eine Nebenschäftsstelle in Halle verabredet.

Der angelegliche Landesverband der Deutschen Volkspartei für den Wahlbezirk Halle-Merseburg ist eine Gründung des Herrn Kaufmann Wienrich — in Firma Wienrich & Co, Halle, Merseburger Strasse 45, — mit dem ich mich schon einmal beschäftigen musste. Seine Vertrauensmänner für Merseburg sind Herr stud. agr. Herzog, hier, Poststrasse 3, und ein Handlungsgehilfe.

Ich brauche weiter nichts hinzuzufügen.

Merseburg, den 29. Januar 1919.

Der Vorsitzende:

Bensch, Pastor, Provinzial-Erziehungsinspektor.

# Tanzschule Hünicke-Hölzer

Unser **Zirkel für die Abend-  
abteilung für Tanz und Anstand**  
beginnt am **Dienstag** den 11. Februar  
im „Schützenhaus“.

☉ Damen 7/6—7, Herren 7—7/9 U. ☉

Herr Dame, Brühl 20, nimmt noch An-  
meldungen entgegen.

# Photographie Forneck

Roßmarkt 5

Roßmarkt 3

Moderne Porträts — Postkartenphotos

◆ Aufnahme bei jeder Witterung bis 6 Uhr abends! ◆

Spezialität:

Aufnahmen im eignen Heim!

# Ratskeller-Merseburg

Donnerstag den 30. Januar

## Künstler-Konzert!

Anfang 7/8 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Otto Kießler.

Gleize eine Beilage.





# Ergebnis

der Wahlen zur preussischen Landesversammlung im 13. Wahlkreis am 26. Januar 1919.

Regierungs-Bezirk Merseburg.

Kreise	Hennig (l. S. P.)	Garbe (Mittl. Soz.)	Abderhalden (Demokr. P.)	Dieckich (Christl. V. P.)	Hermann (D. nat. P.)	Ewert (D. Volksp.)	Ungültig
Stadtkreis Cisleben	5 199	961	2 734	433	980	577	
Stadtkreis Halle	35 860	9 606	29 748	1 808	13 458	132	
Stadtkreis Naumburg	1 833	3 720	4 447	183	1 383	84	
Stadtkreis Weißenfels	7 717	2 545	5 222	259	816	37	
Stadtkreis Zeitz	8 528	1 775	4 335	160	1 834	52	
Kreis Bitterfeld	13 449	5 290	8 592	769	4 154	257	
Kreis Delitzsch	16 242	4 667	8 810	211	5 359	346	
Kreis Eckartsberga	4 889	3 941	3 857	9	2 742	2 467	
Kreis Eilenburg	8 060	9 456	6 097	158	3 771	2 354	
Kreis Mansfeld-Gebirgsh.	19 582	2 948	5 115	403	1 994	751	
Kreis Mansfeld-Saalkreis	24 769	1 951	5 187	828	3 462	688	
Kreis Merseburg	23 003	4 375	12 962	314	4 576	473	
Kreis Naumburg	405	1 575	1 699	10	2 279	172	
Kreis Querfurt	11 076	5 120	8 648	108	3 530	336	
Kreis Saalkreis	23 245	2 251	5 896	131	4 552	112	
Kreis Saengerhausen	13 778	6 551	8 112	253	3 646	195	
Kreis Schweinitz	1 636	4 511	5 881	10	1 094	1 613	
Kreis Tanna	7 371	4 805	10 223	168	3 693	233	
Kreis Weißenfels	17 617	4 588	6 898	14	4 345	161	
Kreis Wittenberg	10 013	6 574	10 722	316	5 325	547	
Kreis Zeitz	8 956	1 635	2 255	52	3 075	93	

## Regierungs-Bezirk Erfurt.

Stadt Erfurt	23 657	9 693	14 444	3 887	10 153	—	
Stadt Mühlhausen	2 613	6 321	4 808	613	1 961	3	
Stadt Nordhausen	6 359	1 802	6 768	512	1 492	27	
Erfurt, Land	4 460	1 885	1 687	974	3 482	6	
Hellendaubach	22	2 349	362	17 524	855	13	
Graßhofst. Hohenstein	10 333	4 301	3 873	239	2 900	27	
Rangsa	5 941	3 150	4 029	110	5 094	97	
Mühlhausen, Land	455	5 621	1 321	7 293	6 465	—	
Schleifungen	14 600	4 402	4 973	71	2 964	11	
Weißenfe	4 863	1 147	2 388	88	3 382	64	
Worbis	128	4 230	1 397	14	1 091	16	
Jiegenritz	1 757	2 892	1 203	—	1 567	362	
Schmalhalden	6 504	7 123	3 710	74	1 847	9	

Danach erhielten im Regierungsbezirk Merseburg: Die Unabhängigen 298 823, die Mehrheitssozialisten 89 240, die Demokraten 157 438, die Deutschen Nationalen 17 131, die Deutsche Volkspartei 11 658, die Christliche Volkspartei 6 195; im Regierungsbezirk Erfurt: Die Unabhängigen 75 191, die Mehrheitssozialisten 48 198, die Demokraten 47 253, die Deutschen Nationalen 39 146, die Deutsche Volkspartei 596, die Christliche Volkspartei 45 406; im Kreise Schmalhalden: Die Unabhängigen 6 504, die Mehrheitssozialisten 7 123, die Demokraten 3 710, die Deutschen Nationalen 1 847, die Deutsche Volkspartei 9, die Christliche Volkspartei 74 Stimmen.

## Nach den Wahlen.

### Die nächste Aufgabe.

Die Deutsche demokratische Partei hat ihren ersten Wahlsieg ehrenvoll bestritten. Nicht weniger als 76 Abgeordnete zählten in die deutsche Nationalparlamentarier. 6 612 111 Wähler haben unserer Partei den Befehl erteilt. Wir dürfen stolz sein auf diesen großen Erfolg. Aber wir sind seiner nicht wert, wenn wir auf den Vorbehalten nicht ausweichen, wenn wir klar erkennen, zu was er uns verpflichtet. Die von uns gewählten Mitglieder der Nationalparlamentarier werden zu zeigen haben, daß und wie die deutsche Demokratie für das deutsche Volkswohl zu sorgen vermag. Glaubt man sich des Bestrebens nicht würdig zu fühlen, mit dem wir sie nach Weimar ziehen wollen. Wir anderen aber dürfen jetzt nicht zögern. Die große Aufgabe, die uns gestellt ist, lautet: „organisiert Euch!“

Organisation ist immer eine schwere Seite des liberalen und demokratischen Bürgeriums gewesen. So mancher hätte Maßstab in der Geschichte des freihellen Bürgeriums ist sofort wieder verflummt, weil es am klaren Willen und der Diszipliniertheit zur weiteren Parteiarbeit nach der Organisation fehlte. Die nächste Wahl zeigt schon herbe Niederlagen. Die junge Deutsche demokratische Partei hat vieles neue gebracht, vor allem in der Überwindung ungeliebter Parteizwistigkeiten. Auch darin muß sie jetzt eine Wandlung gegen früher bringen: Sie muß lebensfähig sein und werden in ihrer Organisation. Wie viele von der 6 612 111 Wähler und Wählerinnen, die am 19. Januar ihren Stimmzettel für die Partei abgaben, mögen wohl schon organisiert sein? Ein kleiner Bruchteil. Damit ist unsere Aufgabe vorgetragen. Sagen wir die Neuen, die ihr den Stimmzettel abgab. Treten in die bestehenden Organisationen der Partei ein. Schafft neue, schafft liberal örtliche Parteivereine. Sorgt dafür, daß große Parteiverbände entstehen in den einzelnen Wahlkreisen. Treten auch dafür, daß die demokratischen Gedanken in einer gemeinschaftlichen Presse liberal ihre beste Vertretung finden. Organisation und Presse sind die beiden Säulen, durch die allein der demokratische Gedanke unauflöslich und unablässig in die Volksmassen geleitet werden kann. Und das ist notwendig. Die Wahlen zur Nationalparlamentarier waren nur der Anfang des Kampfes um die Wahrung des politischen Volkswohls. Die Wahlen für den Präsidenten der deutschen Republik, für das geplante Volksparlament, für die verfassungsmäßigen Landesvertretungen werden folgen, bald, sehr bald, noch in diesem Jahr. Die Gegner zur Rechten und Linken sind nicht müde. Wie sie arbeiten, haben wir in den letzten Wochen gesehen. Wir müssen sie an Arbeitsamkeit und Willensstärke überbieten, ja, nicht der große Erfolg vom 19. Januar wieder verloren gehen. Das ist die Aufgabe, die uns gestellt ist. Gehen wir an die Arbeit unter Opfern und Mühen. Sie tragen ihren Gewinn in sich. Er ist die wahrende Herrschaft der Deut-

### Es entspringt somit

insgesamt

im Wahlkreis an Stimmen auf

die Unabhängigen	350 518
„ Mehrheitssozialisten	144 561
„ Demokraten	208 491
„ Deutschen Nationalen	120 124
„ Deutsche Volkspartei	12 263
„ Christliche Volkspartei	52 135

Demnach haben erhalten: Die Unabhängigen 8 Sitze, die Mehrheitssozialisten 3, die Demokraten 5, die Deutschen Nationalen 2, die Christliche Volkspartei 1, während auf die Deutsche Volkspartei kein Sitz entfallen ist.

schon demokratischen Partei im Dienst des deutschen Volkes, im Dienst für das Gemeinwohl.

### Ruttamers Hungerpeinliche.

Ein Lehrer an einer dommerischen Gewerkschule erhielt nach der Wahl zur Nationalparlamentarier von seinem „anbändigen Herrn“ folgendes Schreiben:

von Ruttamer-Berett in Rommern  
Telephon Barrow Nr. 5  
An Herrn Lehrer ...

Geehrter Herr R! Da mir zu meinem Bedauern mitgeteilt ist, daß Sie nicht allein bei der Wahl zur Nationalparlamentarier Ihre Stimme den Vaterlandsfeinden gegeben, sondern auch für die Wahl bei den Dorfbewohnern Propaganda gemacht haben, damit also auch direkt gegen meine Interessen agitiert haben, sehe ich mich leider nicht mehr in der Lage, privatnichtig für Ihre Interessen einzutreten und werde Ihnen daher die bisher vom Gut zu Ihrem Lebensunterhalt gelieferten Bezüge, wie Milch, Korn usw., zum 1. Februar künftigen.

### Schlagungsroll

v. Ruttamer.

Herr v. Ruttamer behauptet, sagt hierzu der „Vorwärts“, zunächst in seinem Schreiben laßlich die Unwahrheit. Der Lehrer R! hat niemals für die Vaterlandsfeinde, d. h. die Deutschen Nationalen Volkspartei, agitiert oder gestimmt. Eine andere Partei kann doch kaum als vaterlandsfeindlich bezeichnet werden! Im übrigen ist das Schreiben charakteristisch für das jüdische Vermögen, den Wahlterror, wo es geht, aufrecht zu erhalten. Wie wir erfahren, hat Herr v. Ruttamer auch einige Landarbeiter entlassen, die er im Verdacht hatte, daß sie sozialdemokratisch gewöhlt hätten. Die Regierung wird auch nun, sofort gesetzliche Sandhaben zu schaffen, auf Grund derer man solchen Gewaltmenschen alten Systems ohne Umstände an den Kragen kann. Eine eine Verordnung, die bestimmt, daß jeder Arbeitgeber, der seine wirtschaftliche Stellung zu politischen Gewalttätigen mißbraucht, sofort ohne Entschädigung enteignet wird.

Ernstl., 29. Jan. Vergangene Woche wurde der Gewerkschaften des Turnvereins erbrochen und von dem Erprobung der wertvolle Lederbezug abgeholt und gestohlen. — Der Einwohner August J. immermann, der, wie wir kürzlich meldeten, in die Schenkung in die Transmigration gerufen war, ist seinen Verletzungen in Halle erlegen. Den Unfall erlitt er gerade an seinem Geburtstage.

## Wetterwarte.

B. W. am 30. 1. Wechselt bewölkt, gelinde, etwas Niederschläge. — 31. 1. Bismilich heiter, trocken.

## Sport und Leibesübungen.

Handballsport. Das am vergangenen Sonntag ausgetragene Verbandsspiel Preußen I gegen Eintracht I endete mit 1:8. Halbzeit 1:2. — Preußen II — A. S. Z. B. II. Nach einem 10:0 Sieg. — Eintracht Preußen III 4:1 den Platz geschaltet. Halbz. 1:0. — Preußen III gegen Eintracht Preußen II. 1:1. reuhen verlor mit 5:0.

## Arbeitsverhandlungen.

Arbeitslose Verfügungen der A. und S. Käte. In der Bevölkerung ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß den Arbeitern, die an den Revolutionskämpfen nicht gearbeitet haben, Lohn für diese Tage ausbezahlt werden müsse. Eine in einer der A. und S. Käte angebrachte Klage, welche diese Ansicht nicht zu. Auch wenn, wie z. B. in Berlin, derartige Erlasse von A. und S. Käten ergehen und veröffentlicht sind, in einer vor dem Gewerbegericht anhängig gemachten Klage auf Lohnanspruch während der Revolutionskämpfe erkannte das genannte Gericht: Tatsächlich ist an den Arbeitlosen der A. und S. Käte angebracht worden, daß die Verpflichtung zur Beschäftigung für den 9. und 11. November — auch wenn nicht gearbeitet ist — anordnet. Nach der amtlichen Auskunft des Reichsarbeitsamts kann aber diesem Verordnungsantrag eine rechtliche Wirksamkeit nicht beigegeben werden. Die Revolution hat die Gewerbe- und Verordnungsstellen des Reichs für die Deutsche Reich nicht berührt. Der Vollzugsanspruch der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte gehört nicht zu den verordnungsberechtigten Umständen. Auch als eine Verordnung für den Stadtkreis Berlin kann jenes Plakat gleichfalls nicht angesehen werden, denn das Polizeipräsidium besteht unverändert und keines seiner Verfügungen ist dem Vollzugsanspruch übertragen worden. Eine rechtliche Wirkung kann den Anordnungen des Vollzugsamtes der Arbeiter- und Soldatenräte nicht beigegeben werden. Die rechtliche Unwirksamkeit der Verordnung tritt, wie in den Entscheidungsschriften ausgesprochen wird, auch schon darinutage, daß eine ordnungsgemäße Publikation im Reichsgesetzblatt oder im Reichsanzeiger nicht stattgefunden hat. Das Gewerbegericht wies deshalb den Kläger mit seiner unberechtigten Klage ab.

## Bermischtes.

\* Glänzend belohnte Fische. Vor der Revolution hatten im Danauer Befleissungsamt Unterfischungen stattgefunden; die Schuldigen waren in Unterdrückungshaft gebracht, das Vielesamt gerichtlich beschlagnahmt worden. Im November verfiel der A. und S. Käte die Freilassung der Verhafteten, die Einstellung des Verfahrens, die Auslieferung der beschlagnahmten Sachen an die Angeklagten, ihre Wiedereinstellung beim Befleissungsamt und die Nachzahlung des Lohnes für die Zeit ihrer Verhaftung.

\* Die Kohlenpreise in Berlin hat sich derzeit angehoben, daß im Ende dieser Woche merkliche Zunahmen einwirkend einwirkend eintreten werden. Es ist in Erwägung gezogen, in absehbarer Zeit die gesamte Industrie Groß-Berlins, die Theater und Lichtspielstätten von der elektrischen Stromzufuhr abzuschneiden. Weidlich die Lebensmittelpreise und die öffentlichen Einrichtungen des Verkehrs, wie besonders Tramwayfahrer und Telegraphen usw., würden mit Strafe bestraft werden.

\* Dank Hundenburg an die Feldpost. Hundenburg hat anlässlich der Auflösung der Feldpost an den Feldpostmeister Dominik Dan und Anerkennung für die in 24 jähriger Kriegszeit dem Feldheer geleisteten Dienste ausgesprochen. Die außerordentliche Pflichterfüllung aller Angehörigen der Feldpost habe wesentlich dazu beigetragen, die Schlagfertigkeit des Heeres aufrecht zu erhalten, indem sie unter den schwierigsten Verhältnissen die Verbindung mit der Heimat aufrecht erhielt.

\* Strenges Vorgehen der Franzosen im besetzten Gebiet. Wie der „Münzener Anzeiger“ an der Spitze seines Heftes mitteilt, wurde er auf Anordnung der französischen Regierung die Rindviehbesitzer hier im Dezember 1918 um 50 Prozent höher als der Durchschnitt des Jahres 1918 und gegenüber der Rindviehbesitzer im Dezember 1917 sogar um 70 Prozent gestiegen. Gest die Milchpreise noch weiter zurück, was bei Eintritt von Frostwetter wahrscheinlich der Fall sein wird, so ist eine große Anzahl von Säuflingen, die nur Milch genießen können, direkt dem Hungertode preisgegeben.

\* Bei einem Inzidenzfall ergriffen. In Berlin unternahm zwei Kommissionen des freiwilligen Landjägerskorps eine Streife durch die Weinarterterstraßen und beschlagnahmten Waffen und Befleissungsmittel. Es wurden dabei vier Personen festgenommen. Als gegen 5 Uhr die Kruppen abziehen wollten, wurden sie von der Menge teilweise angriffen, so daß sie über 20 Verletzungen erlitten, die ihnen abgenommen werden mußten. Ein Lehrer, der von einem noch Unbekanntem angegriffen wurde, löste den 40 Jahre alten Arbeiter Edmund Bod.

\* Die Hohenzollernfamilie in Potsdam. Die Söhne des Kaisers haben sich nun alle, bis auf den Prinzen Waldemar, entschlossen, ihren Wohnsitz in Potsdam bei Zehlendorf. Prinz August Wilhelm, der zum Banzener Hof in Weimar einberufen war, wird diesen Hof nicht antreten und wieder nach Potsdam überföhren die Kronprinzessin behält ihr Landhaus am Jungfernstee zum dauernden Aufenthalt bei. Prinz Friedrich Leopold, Vater, ist mit Familie auf einige Zeit zu seinem jüngsten Sohne nach München überföhren. In den Wählerlisten in Potsdam waren auch der Kronprinz und dessen Gattin, ferner Prinz Eitel Friedrich und dessen Gemahlin Prinzessin Joachim eingetragenen. Von den Prinzen hat nur Prinz Eitel Friedrich sein Wahlrecht ausgeübt.



# Merseburger Correspondent.

Zeitschrift täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verkaufspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Posten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausl. Postleitzahl: durch unsere Vertreter auf dem Bande 2.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

Geschäftsstelle: Straße 9.  
Fernsprecher Nr. 324.

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., im Restmonat 75 Pfg., Chiffrenzeilen und Nachdrucken 20 Pfg. mehr. Flebdruck ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 25

Donnerstag den 30. Januar 1919

45. Jahre

## Deutschland, eine sozialistische Republik.

Von Dr. Wiegand.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ hat der Volksbeauftragte Ebert behauptet, daß das Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung nachträglich das Recht der Sozialdemokratie bestätigt habe, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Tatsächlich haben die Wahlen ergeben, daß 16 570 000 nichtsozialdemokratische Wähler und Wählerinnen 18 482 000 Sozialdemokraten gegenüberstehen. Die gegenwärtige sozialdemokratische Reichsregierung kann also nicht als eine solche gelten, die das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes hat, besonders jetzt, wo ja nur die Mehrheitssozialisten hinter der Regierung stehen. Wie bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung war 11 283 000 Stimmen aufgebracht haben.

Die Mehrheit des deutschen Volkes will ein demokratisches Deutschland, aber hat sich im Gegensatz zu den Forderungen des Volksbeauftragten Ebert gegen ein sozialistisches Deutschland erklärt. Deshalb ist es auch unmöglich, andererseits, wenn der Volksbeauftragte Ebert weiter in der Unterredung gefordert hat, daß die Deutsche demokratische Partei nur dann an einer neu zu bildenden Reichsregierung teilnehmen könne, wenn sie mit der Sozialdemokratie auch im sozialistischen Sinne zusammenarbeiten wolle.

Aber hierdurch erweckt Herr Ebert bei den Massen wiederum die Hoffnung auf eine baldige Sozialisierung des Wirtschaftslebens, eine Hoffnung, die sicherlich in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden dürfte, und die wegen der nichterfüllten erwartenden Zustimmung der sozialdemokratischen Massen ist ein lebendes Hindernis für die Wiederherstellung der inneren Ordnung und unseres Wirtschaftsebens.

Der Wirtschaftsführer Deutschlands ist so krank, daß eine Heilung nur erfolgen kann, wenn überall über ihn wolle Klarheit geschaffen wird. Deutschlands Industrie ist in Gefahr, zu einem großen Teil stillgelegt zu werden: die Beschäftigten, die fortwährenden Arbeitsentstellungen und die verminderten Arbeitsleistungen nehmen sehr vielen Betrieben jede Ertragsmöglichkeit. Dazu kommen die hohen Lebensmittelpreise. Diese können auch bei einer Einfuhr aus dem Ausland bei dem geringen Werte unserer Währung nicht viel sinken. Deshalb ist die nächste Forderung, wenn Deutschland nicht rettungslos verloren sein soll, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und eine verstärkte Kohlenförderung. Wir haben dagegen sehr fortwährende Streiks der Bergarbeiter, eine

Verheerung so großen Ausmaßes, daß die Produktion nicht erfüllt werden kann. Die Arbeiter, die in den Betrieben, die in der Lage sind, zu arbeiten, keine Arbeit finden, sind in der Lage, die Produktion zu steigern, wenn sie nur die Möglichkeit haben, zu arbeiten. Die Arbeiter, die in den Betrieben, die in der Lage sind, zu arbeiten, keine Arbeit finden, sind in der Lage, die Produktion zu steigern, wenn sie nur die Möglichkeit haben, zu arbeiten. Die Arbeiter, die in den Betrieben, die in der Lage sind, zu arbeiten, keine Arbeit finden, sind in der Lage, die Produktion zu steigern, wenn sie nur die Möglichkeit haben, zu arbeiten.

## Neueste Nachrichten.

### Die allgemeine Friedenskonferenz am 10. Mai.

Amsterdam, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Aus Paris wird gemeldet: Wilson teilte Platon Wladimir in der Kammerauskunft mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz, aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

### Die Finanzminister-Konferenz in Weimar.

Weimar, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Heute hat hier die Konferenz der Finanzminister sämtlicher deutscher Staaten begonnen. Sie wird sich in der Hauptsache mit der Beratung der Einkommensteuerfrage beschäftigen. Wie die „Weimarer Landeszeitung“ erzählt, wird ein schiedlicher und wahrscheinlich auch ein schiedlicher Antrag vorgelegt werden, die Einkommensteuer den Einzelstaaten zu überlassen. Der Antrag wird damit begründet, daß die Einzelstaaten die hohen Kulturleistungen, die die Zukunft brächten, nicht erfüllen könnten, wenn die Einkommensteuer für sie fortfiel. Dafür will man die Bundesregierung dem Reich überlassen, behält sich jedoch einen Rückschlag für die Einzelstaaten vor.

### Das Ergebnis

#### der Allenburger Landtagswahlen.

Leipzig, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse zur Allenburgischen Landtagswahlung lauten folgendermaßen: Mehrheitssozialisten 41 253, Deutsche Demokraten 19 487, Deutschnationale 8998. Gewählt sind aller Voraussicht nach 23 oder 24 Sozialdemokraten, 11 oder 12 Deutsche Demokraten, 5 Deutschnationale, während die Unabhängigen keinen Sitz erhalten.

### Das vorläufige Wahlergebnis in Preußen.

Berlin, 29. Jan. Die bis Mitternacht vorliegenden Wahlergebnisse aus 19 Wahlkreisen (von 23) ergeben folgende Verteilung der Sitze auf die Parteien: Deutschnationale Volkspartei 37, Deutsche Volkspartei 10, Christliche Volkspartei 65 (darunter 4 Welsen in Hannover), Deutsche demokratische Partei 56, Sozialdemokratische Partei 129, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 21, Deutsch-Hannoversche Partei 2, Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1.

### Die Bagdad-Bahn in englischem Besitz.

Berlin, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Die britischen Behörden haben die Bagdad-Bahn übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, Sauerstein, ein Schweizer, wird entlassen. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

### Die Stärke des Ententeheeres.

Washington, 29. Jan. (Priv.-Telegr.) Der amerikanische Generalstab veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Alliierten hatten im August bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes 6 427 000 Mann an der Westfront. Davon entfielen auf Frankreich 2 559 000 Mann, auf England und Portugal zusammen 1 818 000, auf Amerika auf 1 950 000 und auf Belgien und Italien 200 000 Mann.

### Stundenburg Ehrenbürger von Kassel.

Kassel, 29. Jan. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschließen, Generalleutnant a. D. Stundenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in treuer und beispielhafter Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat.

steht, ein Staat, dessen Gesetzgebung und Verwaltung auf die Verhältnisse der Arbeiter die größte Berücksichtigung nimmt, ein Staat, in dem alles für das Volk und durch das Volk geschaffen wird.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

### Eine deutsche Antwort auf die französischen Beschränkungen im Elsaß.

Bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages hatte sich Deutschland im Abkommen von Paris vom 18. Dezember verpflichtet, in genaue Erörterung über einzutreten, auf welche Weise die Güter von Angehörigen der Alliierten zurückgegeben werden könnten. Am Ende hat die Leitung der Waffenstillstandskommission der Alliierten in Spa, Deutschland angefordert, Vorschläge darüber zu machen, um im Besonderen über die Frage einzutreten. Das Ausschüsse Amt hat aber abgelehnt, dies zu tun, solange die Franzosen in Elsaß-Lothringen deutsche Privatvermögen zur Expropriation bringen; weil dieses Vorgehen einen Bruch des Artikels 6 des Waffenstillstandsvertrages bedeuere, nach dem das Privateigentum in Elsaß-Lothringen unantastbar ist.

Das deutsche Volk wird dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes dank wissen, daß er es wagt, auf Übergriffe der Entente mit Protesten zu antworten.

### Wilson gegen den Erlass der Kriegskolonien.

Die „N. Y.“ meldet aus Genf: Bei den Erörterungen über die Frage der Kriegskolonien blieb Wilson, einem Anführer Frankreichs zufolge, seit auf seinem Standpunkt stehen, daß man auf keinen Fall den Erlass der gekauften Kriegskolonien zu Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Teil der Kolonien, die tatsächlich erlittenen Verluste. Unter diesen Ziel fallen weder die für die Welt aufgewandten Kosten noch die für Munition und Ausrüstung.

### Die Frage der deutschen Siedlerkolonien.

Sowas merkt endlich: Präsident Wilson, die Präsidenten und die Minister waren mit dem Vertreter Japans Montag morgen von 10 Uhr bis Mittag und nachmittags von 3 bis 5 Uhr versammelt. Sie prüften das Vorhaben und das Studienprogramm der neuen Kommission für die ökonomischen, finanziellen, maritimen und privatrechtlichen Fragen.

Am Nachmittag wurde sich der Meinungsunterschied über die Frage der künftigen deutschen Kolonien im Elsaß, Dänemark und im fernem Osten fort. Die Vertreter des Dominions und der britischen Minister wurden gehört. Der Rat veranlaßte die Sitzung morgen wieder.

### 450 000 Tonnen deutscher Handelschiffraum für die Entente.

Auf das Telegramm der Düsseldorf-Verkehrsausschussung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk des Nordwestens des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller antwortete Staatssekretär Erzberger:

„Einfuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Handelschiffe einlaufen. 450 000 Tonnen deutscher Handelschiffraum sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt worden. Bis mit Ihnen einig, daß so bald wie möglich Verhandlungen mit der deutschen Industrie geführt werden, um mehr Lebensmittel zu erhalten. Dazu ist aber Arbeit nötig, da man sonst Deutschland keine Arbeit gewährt. Die deutschen Guthaben im Ausland sind erschöpft. Bitte den Arbeitern zu sagen, daß Brot und Fett in reichlicher Menge zu haben sind und daß sie zur Verfügung stehen, sobald sie bei der Arbeit.“

Es werden also 450 000 Tonnen deutschen Schiffsraumes unseren Gegnern zur Verfügung gestellt, nicht etwa um unter deutscher Flagge und mit ihrer bisherigen deutschen Besatzung die von Amerika im Unsticht gehaltenen Lebensmittel, sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt worden. Bis mit Ihnen einig, daß so bald wie möglich Verhandlungen mit der deutschen Industrie geführt werden, um mehr Lebensmittel zu erhalten. Dazu ist aber Arbeit nötig, da man sonst Deutschland keine Arbeit gewährt. Die deutschen Guthaben im Ausland sind erschöpft. Bitte den Arbeitern zu sagen, daß Brot und Fett in reichlicher Menge zu haben sind und daß sie zur Verfügung stehen, sobald sie bei der Arbeit.“